

Die Stunde der Komödianten

1. Mai An den gesetzlichen Feiertagen in Baselstätt wird nicht gerüttelt - was für ein Witz

VON BOJAN STULA

Es war das Schaulaufen der Komiker und Witzbolde im humormässig, sagen wir mal, sonst etwas limitierten Baselbieter Parlament. Der erste Preis, der Goldene Paragrafenschlüssel, geht an ... Marc Schinzel, FDP Binningen: Der Doktor der Juristerei enthüllt erstmals öffentlich, wie er für seine Schwester einst verbotenerweise einen Schulvortrag über den französischen Sozialistenführer Jean Jaurès geschrieben hat, diese dafür eine 6 minus kassierte, aber bei der anschliessenden Befragung durch den Lehrer plötzlich nicht mehr all zu viel über Jaurès' Leben zu erzählen wusste; deshalb das «Minus» hinter der Note. Eine heimliche Vorliebe für das Schwenken der Roten Fahne habe Schinzel trotzdem nicht, und das Ganze sei «längst verjährt».

Schallendes Gelächter.

Zweiter Preis, den Silbernen Mikrofonknopf, bekommt ... Hannes Schweizer, SP Oberdorf: Der alt Bio-Landwirt, Dauersozialist und Noch-Spielertrainer des FC Landrat klärt über die wahre Bedeutung des 1. Mai im Baselbiet auf. Dieser ist wegen des Frühjahrsschwingets in Oberdorf der heilige Tag der freundeidgenössischen Schwingerszene (und er dort ein freiwilliger Helfer) und darum unantastbar.

Schallendes Gelächter.

Dritter Preis, die Bronzene Abstimmungsanzeige, kriegt ... Hans-Jürgen Ringenberger, SVP Therwil: Der gestandene Finanzpolitiker und sonst besonders unauffälliges Mitglied der Humorfraktion glänzt mit der kurzen Erklärung, dass er sich zu Beginn seiner politischen Karriere nie und nimmer hätte erträumen lassen, einmal im Parlament den ursozialistischen 1. Mai verteidigen zu müssen.

Schallendes Gelächter.

Einen Anerkennungspreis verdient sich schliesslich Andrea Heger, EVP Hölstein: Sie versucht bei solch erdrückender Konkurrenz gar nicht erst lustig zu sein.

Klassenkampf ist Vergangenheit

Dann wäre da der Urheber dieser allgemeinen Erheiterung im 90-köpfigen Parlament: FDP-Landrat Balz Stückelberger, Arlesheim. Er, und nicht etwa seine Fraktion, wie er betont, hat per Gesetzesmotion gefordert, den 1. Mai aus der Liste der gesetzlichen Feiertage im Kanton Basel-Landschaft zu streichen. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Banken verfügt über ein genügend ausgeprägtes politisches Sensorium, um zu wissen, dass sein



Jedem sein eigener 1. Mai: Beispielsweise an der Frühjahrsschwinge in Oberdorf.

BZ-ARCHIV

LANDRAT

Vorstoss im Landrat gnadenlos versenkt werden wird; was dann mit 58:18 Stimmen tatsächlich passiert. Dass er damit aber die Stunde der Komödianten an einem langen, langen Parlamentstag samt Abendsitzung einläutet, dürfte auch ihn überraschen.

Wenn es um den blossen Austausch der Argumente geht, sind diese nämlich rasch dargelegt. Als Verantwortlicher für Fragen der Sozialpartnerschaft sei Stückelberger froh darum, dass die Zeit der Klassenkämpfe vorbei ist, und die Arbeiterschaft heute mehr als bloss einen Tag im Jahr zur Verfügung hat, ihre Argumente darzulegen. Nur sechs Kantone würden den 1. Mai als ganzen Feiertag begehen. Er wolle niemandem etwas wegnehmen. Von ihm aus könne jeder andere Tag zum Feiertag gemacht werden. Aber dem geschichtlich überholten 1. Mai weiterhin die gleiche Bedeutung zu kommen zu lassen wie dem Weihnachtstag, sei nun wirklich nicht mehr angebracht.

Die Gegner, und das sind fast alle anderen, entgegnen, dass sich die Bevölkerung längst an diesen fixen Feiertag gewöhnt hat und ihr der historische Kontext mehrheitlich egal sei. Auch andere Feiertage würden nicht mehr dafür stehen, wofür sie einst eingeführt worden sind. Die Regierung lässt wissen, dass die knappen Kan-

tonsressourcen nicht damit verschwendet werden sollten, jetzt nach einem Ersatzfeiertag zu suchen. Eine Variante bringt - erfolglos - Stückelbergers Oberwiler Parteikollege Paul Hofer ins Spiel: Wie einst unter Maggie Thatcher soll der erste Montag im Mai zum fixen Feiertag werden.

Einsame Spassbremse

Moment mal. Fast hätten wir Rolf Richter vergessen, FDP Laufen. Er ist der überzeugende Gewinner in der Kategorie der einsamen Spassbremse. Während sich der Landrat noch vor Lachen kugelt, packt den Fraktionschef der Liberalen die kalte Wut. Wenn er dieser Kalaueri zuhöre, werde ihm um die Zukunft des Landkantons angst und bange. Buhrufe und Kopfschütteln. Nein, nicht deshalb, weil im sonst bierernsten, bisweilen gehässigen Ratsbetrieb für einmal der Humor obsiegt. Sondern weil selbst bei einer solchen Lappalie wie der 1.-Mai-Motion nicht ein Quäntchen Erneuerungsgeist und Abrücken von althergebrachten Gewohnheiten durchzusetzen sei. Da könne man fürs Baselbiet wirklich nur noch schwarz sehen.

Recht hat er. Rolf Richter mag zwar eine einsame Spassbremse sein, aber dank ihm liefert diese Ulk-Debatte immerhin einen ernsthaften Denkanstoss.

◆ Aufsteller Französisch für Anfänger

Der Landrat hat eindeutig einen Französisch-Komplex. Nicht nur streitet er sich über das richtige Lehrmittel (siehe Ablöcher), auch sonst möchte er sicherstellen, dass unsere Kinder im Alter nicht so eklatante Sprachschwächen aufweisen wie viele Parlamentarier. So forderte Rolf Blatter (FDP, Pfeffingen) per Vorstoss, dass jede Sek-Klasse mindestens eines ihrer Schullager in der Westschweiz durchführen müsse, und stiess damit auf viel Verständnis. Bloss Jürg Wiedemann (GU, Birsfelden) mahnte, dass man dann wohl aus Kostengründen auf ein Sportlager verzichten müsse. Gleich mehrfach wurde er dafür verhöhnt: Oder gibt es etwa in der Romandie keine Sportplätze?

◆ Ablöcher

Wenn der Landrat Lehrerkonvent spielt

Andi Trüssel (SVP, Frenkendorf) schimpft: Manchmal könne man meinen, der Landrat sei ein Lehrerkonvent. Wieder einmal wird über etwas diskutiert, was nicht Sache des Parlaments ist, nämlich die Wahl des «richtigen» Französisch-Lehrmittels. Paul Hofer (FDP, Oberwil) zückt an seinem Platz ein grosses Paket und spielt Quizmaster: «Was ist das?» «Der Lehrplan 21!» Doch Jürg Wiedemann (GU, Birsfelden), der Urheber dieser Motion und Todfeind genau dieses Bildungswälzers, liegt mit seiner Antwort falsch: Es ist das Lehrmittel «Clin d'œil». Szenen aus einer ganz normalen Bildungsdebatte im Baselbieter Landrat.

AUS DEM LANDRAT

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE Bald Eignungstests vor dem Studienbeginn?

Die Regierung muss die Einführung eines Eignungstests vor dem Studienbeginn an der Pädagogischen Hochschule prüfen. Der Landrat hat gestern ein Postulat aus SVP-Kreisen mit 52 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen. Ein solcher Eignungstest soll vor allem auf Belastungssituationen in der Schulpraxis abzielen. Damit sollen spätere Burnouts und Erschöpfungen vermieden werden. Ohne eine Einstiegshürde sei es für viele Studierende schwer, sich ein Bild von der zukünftigen Berufsverantwortung zu machen. Das Praktikum, das derzeit während des ersten Studienjahrs durchgeführt wird, sei dafür zu spät angelegt. Die Vorstoss-Gegner aus SP-Kreisen argumentierten genau andersherum, dass ein Eignungstest vor Studienbeginn zu früh komme. (SDA)

«HELIKOPTER-ELTERN» Höhere Hürden für Beschwerden von Eltern

Der Landrat will die Hürden für Beschwerden zu Unterrichtsfragen erhöhen. Er hat gestern eine entsprechende Motion mit 43 zu 32 Stimmen an die Regierung überwiesen. Mit dem Vorstoss von Klaus Kirchmayr (Grüne) wird die Regierung beauftragt, die rechtlichen Grundlagen für Beschwerden anzupassen. Rekurse sollen stufengerecht, schnell und kostengünstig abgewickelt werden können. Dadurch sollen Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulräte und die Erziehungsdirektion deutlich entlastet sowie eine Reduktion der Bürokratie und der Kosten erreicht werden. Schulen im Kanton seien stark zunehmend von rechtlichen Auseinandersetzungen betroffen, die direkt den Unterricht betreffen. Entscheide würden von «Helikopter-Eltern» teilweise mit anwaltlicher Unterstützung durch alle Instanzen des Rechtswegs gezogen. Gegen Überweisung stimmten Mehrheiten der FDP und SVP. (SDA)

Radarkontrollen

Vor Blitzkästen wird nicht gewarnt

Der Landrat will keine generelle Vorwarnung bei Radarkontrollen. Das Parlament hat gestern einen entsprechenden Vorstoss aus FDP-Kreisen mit 50 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Konkret hatte die Motion verlangt, dass das Gesetz so angepasst wird, dass bei Radarkontrollen generell eine Vorwarnung stattfinden muss. An einer gefährlichen Stelle sei es sinnvoll, vor einem Radar zu warnen, damit Fahrzeuge die Geschwindigkeit drosseln, sagte die Motionärin. Es dürfe kein «sinnloses» Bussen-Verteilen geben.

Die Gegner des Vorstosses - sie kamen aus allen Fraktionen - argumentierten indes, dass es für diejenigen, die gegen Vorschriften verstossen, auch eine Strafe brauche. Eine Ansage einer Kontrolle einer mit dem Tempolimit-Schild bereits angekündigten und bestehenden Vorschrift sei zudem überflüssig. Auch die Regierung lehnte den Vorstoss ab. Eine Vorwarnung aller Kontrollen würde bedeuten, dass die Autofahrer ausser in den jeweils bezeichnenden Bereichen straffrei die Geschwindigkeit auch massiv überschreiten könnten. Sicherheitsdirektor Isaac Reber sagte im Landrat zudem, dass Radarkontrollen nicht willkürlich durchgeführt würden. Dass nicht geblitzt werde, um die Staatskasse zu füllen, zeige sich ausserdem an den sinkenden Einnahmen. (SDA)

Grenzwertiger Fluglärm

Euro-Airport Die wiederkehrende Landrats-Diskussion über eine Nachtflugsperrung entzündet sich neu an fragwürdigen Lärm-Grenzwerten.

VON YANNETTE MESHESHA

«Alle Jahre wieder!», scherzten einige Parlamentsmitglieder, als an der gestrigen Landratssitzung die Lärmbelastung in Allschwil durch den Euro-Airport zur Sprache kam. Anwohner leiden unter dem zunehmenden nächtlichen Fluglärm. Schlafmangel und Stresssymptome sowie steigender Blutdruck sind die Folgen. Dennoch hält der jährliche Bericht der Fluglärmkommission fest, dass die gesetzlich festgelegten Immissions-Grenzwerte von durchschnittlich 50 Dezibel zu keiner Tages- und Nachtzeit überschritten werden. Handlungsbedarf scheint daher nicht gegeben.

Wirkungslose Debatte

Seit 2008 diskutiert der Landrat über ein Nachtflugverbot, das nicht wie bisher von 24 bis 5 Uhr, sondern wie in Zürich und Genf von 23 bis 6 Uhr gelten soll - bisher erfolglos. SVP-Landrat Hanspeter Weibel spottete über die Wirkungslosigkeit der Debatte, da die Regierungsrätin sich ohnmächtig gebe und

Verwaltungsmitglieder des Airports ihre Interessen in die Fluglärmkommission einfließen lassen. Er appellierte an den Lokalpatriotismus und äusserte provokierend: «Was Zürcher können, sollten Basler auch schaffen!»

Unzulässige Grenzwerte

Insbesondere die in Allschwil wohnhaften Landräte sprachen sich deziert für die Nachtflugsperrung aus. Rahel Bänziger der Grünen Fraktion brachte mit ihrem Vorstoss ein weiteres Argument.

«Nicht der durchschnittliche 50er-Grenzwert reisst die Menschen aus dem Schlaf, sondern jene Ereignisse mit 70 Dezibel und mehr.»

Rahel Bänziger Landrätin Grüne

ment in die Diskussion ein: Die Immissions-Grenzwerte seien veraltet, nicht aussagekräftig und müssten dringend neu festgesetzt werden. Ausserdem zeigten sie nicht tatsächlich gemessene Peaks, sondern berechnete stündliche Durchschnittswerte auf. «Dies macht wenig Sinn, denn nicht der durchschnittliche 50er-Grenzwert reisst die Menschen aus dem Schlaf, sondern jene Ereignisse mit 70 Dezibel und mehr,

die von lauten Überflügen herrühren», erklärte Bänziger. Sie forderte die Berücksichtigung von Lärmspitzen, statt Durchschnittswerten. «Beim Lärm einer Samstags-Disco misst man auch nicht den Wochendurchschnitt!», wurde scherzhaft in die Runde geworfen.

Gegen eine Nachtflugsperrung sprächen nur wirtschaftliche Argumente. FDP-Landrat Balz Stückelberger rügte die «naiven Vorstellungen über internationale Frachtgeschäfte» im Landrat. Expressfrachter seien in internationale Netzwerke eingebunden und Basel stelle für die Logistikbranche eine wichtige Verkehrsdrehscheibe dar. Ein Nachtflugverbot sei unwirtschaftlich und standortgefährdend. Die «neue Lebensqualität für Anwohner» scheinen die Landräte dennoch höher zu gewichten.

Wohlbefinden statt Wirtschaft

Der Landratsbeschluss fiel eindeutig aus: Der Regierungsrat wird beauftragt, sich für ein verlängertes Nachtflugverbot, höhere lärmabhängige Start- und Landegebühren, sowie für eine Überarbeitung der Immissions-Grenzwerte einzusetzen. Das Wohl der Bevölkerung müsse über der Wirtschaftlichkeit stehen. Sabine Pegoraro versicherte dem Landrat, die Lärmbelastung der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Anliegen vor dem Bund und der Fluglärmkommission zu vertreten.